

In dieser Ausgabe: Worte des Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert | Übersetzung der Rede von Prof. Lammert in türkischer Sprache | Es wartet noch viel Arbeit auf uns | Flurfunk | Juttas Wochen in Berlin

Worte des Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert MdB

Aus dem Protokoll des Deutschen Bundestag vom 9.3.2017.

Prof. Dr. Norbert Lammert MdB:

„[...]“

Erstens. Wer dieses Land öffentlich verdächtigt, Nazimethoden anzuwenden, wenn seine Behörden und gewählten Repräsentanten im Rahmen unserer Verfassungsordnung handeln, disqualifiziert sich selbst.

Zweitens. In diesen turbulenten, gelegentlich hysterischen Zeiten kann sich jeder sein eigenes Bild machen, wo Menschenrechte geachtet, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung gesichert und Meinungs- und Pressefreiheit praktiziert werden.

Und weil drittens diese Prinzipien unserer Verfassung nicht zur Disposition stehen, bitten wir die Menschen in Deutschland um Verständnis, dass wir sie auch bei begründeter Empörung anderen nicht verweigern.

Aber wir erwarten viertens von jeder ausländischen Regierung und schon gar von jedem Partnerland, dass die Rech-

te, die deren Vertreter bei uns in Anspruch nehmen, auch den eigenen Landsleuten zu Hause in gleicher Weise garantiert werden.

Hierzulande kann jeder seine Meinung sagen, auch ausländische Gäste. Wir aber auch.

Und deshalb werden wir es uns fünfens, gerade auch im Interesse unserer türkischen Mitbürger, die zugleich deutsche Staatsbürger sind, nicht nehmen lassen, darauf hinzuweisen, wohin es die Türkei absehbar führen wird, wenn die Pläne, für die türkische Politiker in Deutschland werben, verwirklicht werden können,

nämlich in die Entwicklung zu einem zunehmend autokratischen Staat, der sich immer weiter von Europa, seinen Überzeugungen und demokratischen Standards entfernt.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat die Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel. [...]“

Weitere Infos in der Mediathek des Deutschen Bundestages.
www.bundestag.de


Einladung

17. März 2017 um 17 Uhr im
Café Central International
im Grillo Theater

In Gottes Namen - Radikalisierung im Glauben

Integrationsforscher, Imame und Politiker diskutieren wie Gewalt und Radikalisierung durch Religionen entsteht. Warum sind meist 15- bis 25-Jährige leichter zu einer Radikalisierung verführbar? Was ist der Grund? Und was können wir dagegen tun?

Seien Sie dabei und diskutieren Sie mit.
Anmeldungen erbeten unter
0201/80673868 oder
jutta.eckenbach@bundestag.de.



Sehr geehrte
Damen und Herren,
liebe Freunde,

die parlamentarische Woche in Berlin war geprägt von den Provokationen des türkischen Präsidenten Erdogan. Sowohl in der Landesgruppe, als auch in der Fraktionssitzung der CDU/CSU und erst recht im Plenum des Deutschen Bundestages wurde dazu debattiert.

Ich finde es unerträglich, Nazivorwürfe gegen unser Land zu erheben, nur weil wir unserer Grundrechte leben. Auch ich bin gespalten in der Meinung zu den Auftritten türkischer Regierungsmitglieder in Deutschland. Zum einen stellt sich die politische-moralische Frage, ob wir jemanden eine Plattform bieten müssen, der seine eigene Macht in seinem Land ausbauen möchte. Aber zum anderen leben WIR in einem Rechtsstaat und wir LEBEN unsere Grundrechte. Und zu diesen Grundrechten gehört die Redefreiheit. Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert hat es in seiner Rede auf den Punkt gebracht.

Mit freundlichen Grüßen



Übersetzung der Rede von Prof. Lammert in türkischer Sprache

[...]

İlk olarak: Kim ki bu ülkeyi, onun resmi makamları ve seçilmiş temsilcileri anayasal düzenimiz çerçevesinde işini yaparken kamuoyu nezdinde nazi metotları uygulamakla suçlarsa, öncelikle kendisini diskalifiye ediyor demektir.

İkincisi; bu türbülanslı, kısmen isterik dönemde elbette herkes, nerede insan haklarına saygı gösterildiği, hukuk devletinin üstünlüğü ilkesinin ve kuvvetler ayrılığının güvence altına alındığı ve düşünce ve basın özgürlüğünün uygulandığı konularında kendi fikrini oluşturabilir.

Ve üçüncü olarak, Anayasa'mızda yer alan bu ilkeler tartışma konusu yapılamaz. Bunun için, Almanya'daki insanlardan, öfkelenmelerine yol açan haklı nedenler olsa bile, başkalarını bu ilkelerden yararlanma hakkından mahrum etmememize anlayış göstermelerini rica ediyoruz.

Ancak dördüncüsü; her yabancı ülke hükümetinden ve hele söz konusu olan partner ülkeler ise, temsilcilerinin kullandığı hakları kendi ülkelerindeki halkları için de aynı şekilde güvence altına almalarını bekliyoruz.

Ülkemizde herkes kendi görüşünü söyleyebilir, buna yabancı misafirler de dahildir. Fakat biz de söyleyebiliriz.

Ve beşincisi; bu nedenle ülkemizde yaşayan ve aynı zamanda Alman vatandaşı olan Türk hemşerilerimizin çıkarlarına da denk düşen bir şekilde, Türk siyasetçilerin Almanya'da propagandasını yaptıkları planların hayata geçirilmesi durumunda bunun Türkiye'yi nereye götüreceğine,

yani Avrupa'dan ve onun inançlarıyla demokratik standartlarından giderek uzaklaşan otokratik bir ülke olma yolunda ilerlemesi anlamına gelen gelişmelere yol açacağına dikkat çekme hakkımızı kullanmaktan vazgeçmeyiz.

Şimdi sözü, Hükümet Açıklaması'nı yapması için Federal Şansölye Sayın Dr. Angela Merkel'e veriyorum.



Es wartet noch viel Arbeit auf uns

Am 1. Juli 2017 geht der Deutsche Bundestag in seine parlamentarische Sommerpause. Bis dahin liegen noch sieben Sitzungswochen vor uns.

Wer meint, dass das Parlament bis dahin nichts mehr auf den Weg bringt, hat sich getäuscht. Allein in dieser Woche stehen über 55 Tagesordnungspunkte auf dem Sitzungsplan. Für Donnerstag wurde das Ende des Plenartages für 2.20 Uhr (nachts) festgelegt.

Folgende Gesetzesvorhaben wurden eingebracht bzw. verabschiedet (ein Auszug):

- Neuntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen: Damit ermöglichen wir den Unternehmen und Verbrauchern ihre Schadenersatzansprüche wegen Kartellverstößen besser durchzusetzen.
- Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentenstärkungsgesetz): Hiermit legen wir die

Grundlage für eine reine Beitragszusage in Tarifverträgen anstelle der bisherigen Zusage mit Mindestleistung sowie für die Weitergabe ersparter Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge in Höhe von 15 Prozent. Weitere Regelungsbereiche umfassen eine neue Geringverdienerförderung und die Optimierung der Riester-Rente.

- Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung in der GKV (GKV - Arzneimittelversorgungsstärkungsgesetz – AMVSG): Dahinter verbirgt sich die Sicherstellung einer hochwertigen Medikamentenversorgung in Deutschland.
- Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes: Damit machen wir den Weg frei für neue Technologien im Automobilbereich. Autonomes Fahren ist dabei nur ein Themenbereich.
- Gesetz zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Getrenn-

terfassung von wertstoffhaltigen Abfällen: Während die Nachhaltigkeit erweitert wird, schaffen wir mit diesem Gesetz, welches die bestehende Verpackungsverordnung ablöst, neue Möglichkeiten für einen fairen Wettbewerb.

- Gesetz zur Einführung eines Anspruchs auf Hinterbliebenengeld: Damit geben wir denjenigen Menschen einen zusätzlichen Entschädigungsanspruch, die einen Angehörigen aufgrund einer Gewalttat verloren haben.
- Gesetz zu bereichsspezifischen Regelungen der Gesichtsverhüllung: Mit diesem Gesetz stellen wir nochmals klar, dass es in bestimmten Lebensbereichen keine Verhüllung / Verschleierung nicht geben darf. Dies betrifft vor allem Beamte, Soldaten und Wahlhelfer bei Ausübung ihres Dienstes.

Weitere Infos zu den Gesetzentwürfen finden Sie auf www.bundestag.de.

Flurfunk



Am Mittwoch folgte ich der Einladung des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) zur sog. Rheinischen Kaffeetafel, bei der die Mitglieder des LVR mit den Akteuren der Bundespolitik über aktuelle Themen diskutieren. Als ehemaliges und langjähriges Mitglied freute ich mich über die Gespräche mit vielen ehem. Weggefährten. Eines der Themen war noch einmal das Bundesteilhabegesetz. Hier muss in der Umsetzung für die Betroffenen vor Ort noch viel getan werden.

Am Donnerstag traf ich mich mit der Geschäftsführerin der IHK FOSA



Heike Klembt-Kriegel. Die IHK FOSA ist seit der Einführung des Berufsanerkennungsgesetzes von 2012 die Institution, die auf Antrag prüft, welchem deutschen Abschluss ein weltweit erworbener Abschluss gleichgestellt werden kann. Dies erfolgt nicht nur durch Vorlegung von Dokumenten, sondern ist auch durch die Erbringung von Arbeitsproben und fachspezifischen Gesprächen möglich. Mit der Anerkennung von Berufsabschlüssen ist den Betroffenen ein qualifizierter Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt möglich. Mir ist es wichtig, dass sich die Fehler aus der Vergangenheit nicht wiederholen.



Juttas Wochen in Essen (Montag, 20.02. bis Sonntag, 05.03.)



Die sitzungsfreie Woche begann mit dem Neujahresempfang des CDU-Zollverein.

Gemeinsam mit unserem Landtagskandidaten Dirk Vogt wurden die Themen bessere Bildung, innere Sicherheit, Arbeits- und Wirtschaftspolitik, sowie 70 Jahre Europa - 70 Jahre Frieden besprochen. Auch nahmen wir Ehrungen unserer langjährigen Mitglieder vor.

Am Dienstag fand der symbolische Spatenstich für den Sanierungsbau der Lärmschutzanlage der Deutschen Bahn in Karnap statt. Ich freue mich sehr, dass das langjährige Projekt nun endlich umgesetzt wird.

Noch am selben Abend fand die erfolgreiche Fortsetzung der Integrations-Workshopreihe in Kooperation mit der Ehrenamtagentur statt. Dieses Mal war



das Thema die Kommunikation zu den ehrenamtlich Tätigen.

Am nächsten Tag lud der Ortsverband Kray/Leithe zu Kaffee und Kuchen in die Bäckerei Förster ein. Ich hatte die Gelegenheit mit den Bürgerinnen und Bürger über die aktuellen politischen Themen zu diskutieren. Gern komme ich auch in Ihren Stadtteil, um mich über die „Berliner-Politik“ mit Ihnen auszutauschen. Sprechen Sie mich dazu einfach an. Kontaktdaten finden Sie unten auf dieser Seite.



Den sog. „Altweiber“ verbrachte ich mit dem AK Rhein/Ruhr zum Thema pflegende Berufe. Ich machte noch einmal deutlich, dass das Bundesgesundheitsministerium vehement versuchen wird, das Pflegeberufegesetz umzusetzen. Die Essener Erklärung zu diesem Gesetzentwurf wird auch weiterhin von mir unterstützt.

Das karnevalistische Wochenende habe ich als Ehrensenatorin



des Essener Karnevalsvereins erst in der Grugahalle und anschließend am Rosenmontag auf dem Wagen verbracht.



In der nachfolgenden Woche führte ich erneute Gespräche zu den arbeitspolitischen Fragestellungen für die DRK-Schwesternschaft in Essen.

Zum Abschluss der Woche freute ich mich über die Geburtstagsfeier der ARCHE. Bei einem hervorragendem Büffet und interessanten Gesprächen wurde weiter gefeiert. Schwerstmehrfachbehinderte in häuslicher Umgebung zu betreuen, eine nicht immer leichte Aufgabe, aber wie ich gestern feststellen konnte auch eine Aufgabe die Freude bereitet. Vielen Dank an die vielen engagierten Männer und Frauen.



Kontakt

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 227-72567
Fax 030 227-76569

Büro Essen

Blücherstraße 1
45141 Essen

Tel. 0201 80 67 38 68
Fax 0201 80 6738 70

www.JuttaEckenbach.de

www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB

jutta.eckenbach@bundestag.de